



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 24. Januar 2008

Vorlagen-Nr. 07-F-06-0045

*Einrichtung eines Schulmittelfonds  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -*

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)
- 2) Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.
- 3) Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

---

**Beschluss Nr. 0009**

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

**Gleiche Bildungschancen für alle Kinder**

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu prüfen, ob in Kooperation mit dem Bündnis „Armut, Arbeit und soziale Teilhabe“ bis zum Frühsommer diesen Jahres Maßnahmen erarbeitet werden können, wie Kindern aus armen und einkommensschwächeren Familien, über einen Schulmittelfonds für die notwendige Ausstattung für den Unterricht, wie Hefte, Stifte, Schulranzen etc., die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu ermöglichen und damit ihre Bildungschancen zu erhöhen.

Im Rahmen des „Sofortprogramms für Bildung und soziale Teilhabe“ (SV 07-V-51-0057; in Beratung) sind 200.000 € für einen Fonds für gemeinsame Projekte mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege zugunsten von Wiesbadenern mit niedrigem Einkommen vorgesehen.

2. sich bei der Bundesregierung über die Ergebnisse der vom früherem Arbeits- und Sozialminister Müntefering am 13.09.07 im Deutschen Bundestag sowie im Zuge der 84. Sozialministerkonferenz angekündigten Überprüfung der Eckregelsätze für Sozialhilfe und ALG II unter besonderer Berücksichtigung von Kindern zu informieren.

(Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.01.2008)

### Tagesordnung III

Wiesbaden, .01.2008

Nehrbaß  
Vorsitzender